

Das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP)

Wirtschaft mit grenzenlosen Befugnissen

Politiker von Berlin bis Brüssel reden nicht gerne über das, was in dem angestrebten Vertrag zum transatlantischen Freihandelsabkommen stehen soll. Selbst EU-Abgeordnete, die auch nur Teile der Verhandlungspapiere bekommen, dürfen diese nicht öffentlich machen. Diese Geheimniskrämerie könnte und soll wohl auch verhindern, dass Europas Bürger und auch wir im Kreis Mettmann zu früh wach werden.

Die Ereignisse um die Spionage und das Ausforschen von uns allen durch NSA haben gezeigt, was grenzenloser Zugriff an Unsinnigem und Gefahren bringt. Der vorgeschobene Grund für die Geheimhaltung der eigenen EU-Position ist damit auch ad absurdum geführt, denn NSA weiß das schon.

Jetzt wollen die europäischen Regierungen und auch die Bundesregierung in Verhandlungen mit den USA über einen möglichst schrankenlosen Handelsaustausch eintreten. Dabei soll unsere Rechtsordnung mit internationalen, neoliberalen Regeln kompatibel werden. Dahinter steht die Idee, mehr Wachstum zu ermöglichen. Doch ist dieses Wachstum wünschenswert? Darüber soll offensichtlich gar nicht erst diskutiert werden.

Konzernprivilegien absichern

Die EU und die USA sollen ihre jeweiligen Standards in "nicht handelspolitischen" Bereichen vereinheitlichen. Diese angestrebte "Harmonisierung" orientiert sich vor allem an den Interessen der Konzerne und Investoren. Werden deren Standards nicht erfüllt,

können zeitlich unbegrenzte Handels-sanktionen verhängt werden und was noch schlimmer ist, es werden gigantische Entschädigungen für die Unternehmen fällig.

Aktuell berichtet die FAZ darüber, dass in den USA die Betreiber von Fracking bewusst übertriebene Fördermöglichkeiten dargestellt haben, um an möglichst viel Investorengeld zu kommen. In der EU gibt es hochrangige Politiker, die unsere berechtigte Kritik an dieser gefährlichen Fördermethode aushebeln wollen. Wenn jetzt das Handelsabkommen den "Schwindelfirmen" in den USA das Recht zugesteht, auch bei uns ihre "Ansprüche" auf Fracking - auch noch nach ihren Regeln - geltend zu machen und auch noch unser Land verklagen können, dann werden wir letztlich nicht nur mit Umweltschäden bestraft. Könnten wir dann auch noch zugunsten der "Luftbuchungen" der Betrügerfirmen zur Kasse gebeten werden?

Schiedsverfahren statt Gerichte

Und die Forderungen werden nicht etwa vor einem ordentlichen Gericht verhandelt, sondern in einem "Schiedsgericht" nach amerikanischem Vorbild. Die Staaten müssten nach Unterzeichnung gewährleisten, dass sie beim Erlass von Gesetzen und sonstigen Vorschriften und administrativen Verfahren die im Abkommen vereinbarten Vorgaben einhalten. Bei Verstößen gegen den Vertrag muss sich der Staat einem Schlichtungsverfahren unterwerfen, indem dem Land Sanktionen auferlegt werden können. Das ist keine Übertreibung sondern es gibt dafür schon Beispiele. Die Welthandelsorganisation (WTO) untersagte selbst den USA eine Kennzeichnung für Konserven, die den Schutz von Delfinen garantieren sollte. Die EU unterlag der WTO im Konflikt um genveränderte Lebensmittel und muss auf WTO-Beschluss zig Millionen Euro Strafe zahlen,

weil Wachstumshormone für Schlacht-tiere verboten sind.

Hinter verschlossenen Türen

Die Vorteile, die ein solches Abkommen zumindest einigen Unternehmen bieten würde, wären groß. So verspricht sich die Autoindustrie Einsparungen von jährlich 12 Mrd. Euro und auch den Bürger soll ein Großteil der aktuell gültigen Zölle von 20 Mrd zugute kommen. Dass damit auch weniger Geld in unseren Staatskassen landet, wird da nicht gegengerechnet. Änderbar sind diese Abkommen nur schwer, weil jede einzelne Bestimmung nur einstimmig von den Unterzeichnerstaaten geändert werden kann.

Finden deshalb die Verhandlungen über das TTIP-Projekt hinter verschlossenen Türen statt? Will man sichergehen, dass lediglich der kleine Zirkel der Handelspolitiker und kein "normaler" Mensch daran teilnimmt und so die Öffentlichkeit beizeiten mitbekommt, was tatsächlich auf dem Spiel steht? Haben deshalb nur etwa 600 offizielle Berater der Großkonzerne privilegierten Zugang zu den Dokumenten und zu den Entscheidungsträgern?

Auswirkung auf unser Leben

Gegen diese Heimlichtuerei aufzustehen, dafür gibt es auch hier einen Grund. Ein solches Abkommen würde nicht nur die nationalen Regierungen betreffen sondern bis hinunter zu den Kommunalverwaltungen wirken. Diese Abkommen würde auf diplomatischer und Regierungsebene wohl einige Probleme beseitigen oder zudecken. Hier vor Ort wären aber Sicherheit von Lebensmitteln, chemische und toxische Grenzwerte, das Recht auf Privatsphäre im Internet, Energieversorgung und vieles andere mehr betroffen

Nehmen wir uns das Recht und fordern Öffentlichkeit und unsere Rechte bei den anstehenden Europa- und Kommunalwahlen ein. Nur wer für unsere Bürgerrechte kämpft, hat unsere Stimme verdient!

Dieter Donner

Hören Sie ein interessante Diskussion dazu: http://www.deutschlandradio.de/audio-archiv.260.de.html?drau:broadcast_id=150

